

Fachstelle Sucht benötigt mehr Geld

PRÄVENTION Astrid Grotelüschen besucht Einrichtung des Diakonischen Werkes

VON NEELE KÖRNER

WILDESHAUSEN – Den „Notruf Suchtberatung“ – ein Brandbrief über die prekäre Finanzsituation der Suchtberatungsstellen in Deutschland – hat die CDU-Bundestagsabgeordnete Astrid Grotelüschen zum Anlass genommen, die Fachstelle Sucht im Landkreis Oldenburg vom Diakonischen Werk Oldenburg zu besuchen.

Gemeinsam mit Kai Kupka (Referent für Suchtfragen des Diakonischen Werkes Oldenburg), Annegret von Essen (Fachstellenleiterin) und Maria Rüschenndorf (Mitarbeiterin der Suchtprävention) sprach sie dabei auch über die Situation in der Wildeshäuser Beratungsstelle.

In dem „Notruf“ wird auf die wichtige Bedeutung der Suchtberatung für die Gesellschaft aufmerksam gemacht: Eine gut ausgebaute Suchthilfe könne Leben retten. Dem



Im Gespräch (von links): Kai Kupka, Annegret von Essen, Maria Rüschenndorf und Astrid Grotelüschen. BILD: NEELE KÖRNER

stehe aber eine gravierende Unterfinanzierung der Beratungsstellen gegenüber. Für eine gelungene Suchtberatung sei jedoch eine stabile und kostendeckende Finanzierung nötig, heißt es weiter.

„Wir wünschen uns, dass dieses Thema verstärkt Gehör findet“, sagte von Essen. Schließlich sei die Arbeit in der Suchtkrankenhilfe ein

wichtiger Baustein der psychosozialen Versorgung. Die Suchtberatungsstellen – bestehend aus den Bereichen Prävention und Beratung – finanzieren sich zum Großteil durch Gelder des Landkreises Oldenburg als Kommune und aus Eigenmitteln des Diakonischen Werkes (Träger). Hinzu kommen Gelder des Landes Niedersachsen und Spenden.

„Bei der Finanzierung ist ist eine Aufstockung durch das Land gefragt“, erklärte von Essen. Die Kommune sei ein verlässlicher finanzieller Partner, jedoch würden die Landesmittel nicht erhöht – obwohl der Finanzbedarf der Beratungsstellen steige.

Das entstehende Defizit werde immer größer und es sei künftig schwerer, dieses durch eigene Mittel auszugleichen. „Die derzeitige Entwicklung kann so nicht weitergehen, das wäre existenzbedrohend für die Einrichtungen.“

„Die Suchtberatungsstellen benötigen eine stabile Finanzierung“, war Grotelüschen überzeugt. Man müsse herausstellen, was nun zu tun sei, damit die Arbeit der Fachstellen auch weiterhin sichergestellt sei. Sie werde dieses Thema in Zukunft in der Politik nach vorn rücken und dafür sensibilisieren, versprach die Abgeordnete.